



Interviews

Datum: 21. September 2022

Christoph Heinemann im Gespräch mit Sachsens Innenminister Armin Schuster, CDU

Christoph Heinemann: In Polen sorgt gerade ein Visa-Skandal für Aufregung. Polnische Beamte sollen gegen Bezahlung tausende, vielleicht sogar hunderttausende Visa vor allem in Asien und Afrika illegal vergeben und dafür kassiert haben. Im Mittelpunkt des Skandals steht das Außenministerium in Warschau. Bei der PiS-Regierung handelt es sich um eine, die sich in besonders herabwürdigender Weise über Migrantinnen und Migranten äußert. Die EU-Kommission und auch die Bundesregierung verlangen Aufklärung von Warschau.

Unterdessen versprach Bayerns Ministerpräsident Söder gestern 1500 Stellen bei der bayerischen Grenzpolizei bis 2028, wobei das für dieses Jahr angekündigte Ziel von 1000 Stellen bisher nicht erreicht wurde. Stattdessen wächst die Anzahl der Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen, ständig. Plus 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Städte und Gemeinden sind überlastet, auch als Folge des russischen Angriffskrieges.

Die Union und die Bundesregierung streiten über den richtigen Grenzschutz. Nancy Faeser (SPD) befürwortet Schleierfahndungen, verdachtsunabhängige Personenkontrollen. Die Bundesinnenministerin sagte gestern während der Fragestunde im Deutschen Bundestag:

O-Ton Nancy Faeser: „Aus unserer Sicht ist die Schleierfahndung an vielen Stellen erfolgreicher. Es geht darum, dass wenn Sie sowohl an der stationären Grenzkontrolle als auch bei Schleierfahndung Menschen haben, die zu uns kommen und die beantragen Asyl, dann kommen sie so oder so in unser Land. Und selbstverständlich können Sie auch im Zuge der Schleierfahndung zurückweisen.“

Heinemann: Die Union hält stationäre Grenzkontrollen für sinnvoller. – Am Telefon ist Armin Schuster (CDU), der Innenminister des Freistaates Sachsen. Guten Morgen.

Armin Schuster: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Schuster, wie lässt sich die Lage an den sächsischen Außengrenzen beschreiben?

Schuster: Ungefähr so, wie Sie es gerade gesagt haben. Wir haben eine 80prozentige Steigerung im Vergleich zum letzten Jahr, aber das letzte Jahr war auch schon eines, was sehr

hoch war. Wenn Sie mal vergleichen mit August 2021: Wir haben im August diesen Jahres knapp 5000 Personen festgestellt, die bei uns in Sachsen über die Grenze kamen. Im August 21 waren es 402. Da haben wir eine Verzehnfachung.

Die Szenen sind haarsträubend, die sich da abspielen. Es sind ja fast alles Behältnisschleusungen, Menschen, die in Kleintransporter oder in Hochdachkombis gepresst werden. Das fahren ja manche Familien mit ihren Kindern, so einen Hochdachkombi. Da haben die dann 20 Menschen drin und als Fahrer einen 15jährigen. Wir haben Unfälle; eine Frau ist tödlich verunglückt dabei. Wir haben haarsträubende Autofahrten. Die Menschen werden auf der Autobahn einfach ausgesetzt, laufen in die falsche Richtung über die Fahrspuren. Es ist eigentlich nur noch eine Frage der Zeit, wann was Schlimmes passiert, muss man so sagen.

Heinemann: Wie kann man Schleusern das Handwerk legen?

Schuster: Na ja. Wir würden jetzt am liebsten am Symptom operieren, weil die mittel- und langfristigen Maßnahmen durch die Bundesregierung nicht umgesetzt wurden. Symptom heißt ganz klar, die Bundespolizei müsste von der Bundesinnenministerin unmittelbar auf die Grenzlinie gesetzt werden, auf die Grenzübergänge so wie in Bayern, und dort müsste kontrolliert werden. Da sie das nicht macht, sondern sich darauf verlässt, dass das im Hinterland klappt mit der Schleierfahndung, haben wir die Menschen im Land und jetzt geht es schon gar nicht mehr so sehr in erster Linie um den Druck auf die Schleuser. Jetzt geht es darum, die Geschleusten im Prinzip zu retten. Das ist reine Gefahrenabwehr, was da stattfindet. Ich habe deshalb meine Landespolizei – das ist ganz ungewöhnlich, aber ich habe meine Landespolizei an die Grenze geschickt, um die Bundespolizei zu unterstützen, weil die es nicht mehr schafft, und jetzt üben wir Druck auf Schleuser aus. Aber in erster Linie wollen wir die Menschen aus diesen Autos rausholen, bevor was passiert.

Heinemann: Herr Schuster, Bundesinnenministerin Nancy Faeser begründet ja ihre Ablehnung stationärer Grenzkontrollen. Sie sagt, Schleierfahndung, diese Personenkontrollen seien wirksamer. Wieso besteht die Union dann auf stationären Kontrollen?

Schuster: Na ja. Die Bundesinnenministerin ist in der Frage irgendwie völlig gespalten. Sie ist diejenige, die richtigerweise in Bayern zum zweiten Mal die Grenzkontrollen in ihrer Amtszeit verlängert hat. Wir machen es in Bayern jetzt seit acht Jahren, weil der Druck so hoch ist. Frau Faeser hat das jetzt schon zweimal verlängert. Da versteht sie es.

An unserer Grenze sind die Zahlen gerade doppelt so hoch wie in Bayern. Da sieht sie das nicht. Das kann sie nur noch selber erklären. Ich verstehe es nicht mehr.

Der entscheidende Grund für Grenzkontrollen ist, dass ich auf der Grenzlinie zurückweisen darf. Das darf ich im Grenzraum nicht. Wer an einem Grenzübergang vorbeigefahren ist, ...

Heinemann: Frau Faeser – wir haben das eben im O-Ton gehört – sagte, dass auch im Zuge von Schleierfahndung Personen an der Grenze zurückgewiesen werden könnten. Das haben wir eben gehört!

Schuster: Ja, das gehört mit zu den Ungewöhnlichkeiten von Frau Faeser. Das ist definitiv falsch! Die Zurückweisung ist nach überwiegender Rechtsauffassung nur vor der Einreise möglich, das heißt am Grenzübergang. Sobald der Mensch den Grenzübergang überschritten hat, gilt er als eingereist, und wenn er eingereist ist, dann kann ich ihn nur noch auf diesem langen Weg zurückschieben. Ich muss ihn erst in die Erstaufnahme nehmen und dann beginnt dieser Rückführungsprozess, der sehr langwierig ist und oft scheitert. Aber die Zurückweisung aus dem Grenzraum gibt es nicht, macht die Bundespolizei auch nicht. Was die Bundesinnenministerin da sieht, weiß ich nicht. Ich glaube, sie argumentiert zurzeit nur noch politisch, aber kaum fachlich.

Heinemann: Sie haben, Herr Schuster, eben gesagt, die Bundesregierung setze mittel- und langfristige Maßnahmen nicht aufs Gleis. Was meinten Sie damit genau?

Schuster: Na ja. Die Europäische Union fasst seit etwa, sagen wir mal, einem Jahr Beschlüsse, wo ich eigentlich schon kaum noch Hoffnung hatte, dass wir das hinbekommen. Das Zusammenwachsen Europas auch im Sinne einer strikteren Asylpolitik hin zu einem gemeinsamen Asylsystem, da waren wir noch nie so nah dran wie zurzeit: Außengrenzschutz verstärken, Sie sehen es an Frau von der Leyen, die jetzt schon zum zweiten Mal in Tunesien ist wegen Abkommen. Da würde ich mir jetzt von Deutschland und im allerbesten Fall zusammen mit Frankreich eine viel stärkere Schrittmacherrolle erwarten. Wenn Sie die Beschlüsse aus dem Juli sehen, die aus meiner Sicht ein wirklich guter Einstieg sind, gemessen an den harten Verhandlungen, die wir bisher hatten, da müsste Deutschland eigentlich jetzt an erster Stelle dafür kämpfen, dass wir diese Außengrenzenverfahren, dass der Außengrenzschutz besser wird. Stattdessen streitet die Bundesregierung unter sich und versucht, diesen Beschluss aufzuweichen. Das hilft uns überhaupt nicht und die Migrationsabkommen, das Einstufen sicherer Herkunftsstaaten, das ist überfällig.

Heinemann: Fassen wir die wesentlichen Punkte der EU noch mal zusammen: Asylverfahren an den EU-Außengrenzen, übrigens unterstützt von der Bundesregierung, Kontrollen die-

ser EU-Außengrenzen, auch unterstützt von der Bundesregierung, und Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern, ebenfalls unterstützt von der Bundesregierung. Ist doch alles dabei!

Schuster: Ja, wenn der Chef, der Bundeskanzler das endlich zu seiner Sache machen würde und dann auch vor Ort tatsächlich diese Abkommen abschließen würde. Ich darf mal erinnern: Das EU-Türkei-Abkommen, was damals eine drastische Reduzierung der Migrationzahlen bedeutete, hat Frau Merkel selbst verhandelt, mehrfach, und wenn Erdogan Probleme machte, hat die Bundeskanzlerin immer selbst verhandelt. Ich sehe weder Frau Baerbock, noch Herrn Scholz, diese relevante europäische Frage als Antreiber, als Schrittmacher jetzt stark umzusetzen. Das kann ich nicht erkennen.

Heinemann: Glauben Sie, dass Frau von der Leyen das nicht hinbekommt?

Schuster: Ich glaube, dass das Trio von der Leyen, Macron und Scholz sehr erfolgreich wäre. Aber das Trio braucht es. Das weiß man. Wer Brüssel kennt weiß, dass im Prinzip alle auf die beiden großen europäischen Staaten schauen. Das ist immer Frankreich und Deutschland. Und wenn Sie auf Deutschland schauen, dann streitet die Ampel gerade darüber, ob dieser Beschluss nicht aufgeweicht werden müsste, wie er im Juli gefasst wurde. Eigentlich konzentrieren wir uns mal wieder auf unser Alleinstellungsmerkmal. Das ist aber in dem Fall nichts Gutes. Wenn eine dänische Regierung, eine holländische Regierung, wenn Franzosen und wer auch immer einen härteren Kurs fahren in der Asylpolitik, im Prinzip so, wie es der Ex-Bundespräsident jetzt auch gesagt hat, dann müssen wir jetzt auch mal uns auf unsere Partner einlassen und nicht ständig in einer Sonderrolle quasi wie ein Geisterfahrer unterwegs sein.

Heinemann: Herr Schuster, in Polen – darüber sollten wir auch noch sprechen – ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Regierungsbeamte, die Visa verkauft haben sollen. Inwiefern besteht oder sehen Sie einen Zusammenhang zwischen den vielen Migrantinnen und Migranten, die Sie gerade beschrieben haben, die in Sachsen ankommen, und diesen Tätigkeiten der polnischen Regierung oder Teilen der polnischen Regierung?

Schuster: Herr Heinemann, die Situation gerade an der deutsch-polnischen Grenze ist so prekär – erstens, weil wir die Rolle Putins nicht richtig einschätzen können, wieviel Druck übt er über Belarus auf diese Grenze aus. Wir haben diese Vermutung, dass viel Migration über diese Grenze kommt, gesteuert auch aus Moskau.

Zweitens haben wir jetzt diesen vermeintlichen Asyl-Visa-Skandal in Polen. Da geht es ja nicht um tausende; da soll es um hunderttausende verkaufter Visa gehen.

Zusätzlich kommt der normale Migrationsdruck. Wenn das für Frau Faeser und Herrn Scholz jetzt nicht endlich ein Grund ist, an dieser Grenze hinzuschauen, die Bundespolizei auf die Grenzübergänge zu schicken und sich genau anzuschauen, was da passiert, dann riskieren wir auch ein Sicherheitsdefizit, weil wir nicht wissen, wen uns bei diesem vermeintlichen Visa-Skandal die Polen da eigentlich ins Land schicken, und wir wissen auch noch nicht genau, wen Putin uns hier ins Land schickt. Schon allein das wäre aus fachlicher Sicht ein Grund, diese Grenzübergänge zu kontrollieren.

Heinemann: Herr Schuster, Sie haben jetzt sehr viel über Zurückweisung, über Abwehr, über Repression gesprochen. Welche Rolle spielt in Ihrer Migrationspolitik Angebote, legale Migration?

Schuster: Eine gute Frage, Herr Heinemann. Diese Migrationsabkommen, von denen wir sprechen, die funktionieren ja nicht, wir geben Geld und dafür hält der andere Staat die Leute zurück. So ist es ja nicht. Diese Migrationsabkommen funktionieren nach dem Prinzip, wir unterbinden illegale Migration, nehmen wir mal Tunesien, das unterbindet schon die Ablandung dieser Schiffe, dafür öffnen wir Tunesien legale Migrationswege, die es heute in dem Umfang nicht gibt, für Studenten, das sind Stipendien, das sind Arbeits- oder Fachkräfteeinwanderungswege. Du musst ja immer mit dem Staat, mit dem Du verhandelst, auch Angebote machen und das Prinzip Humanität und Ordnung besteht darin: Ordnungsfaktor, wir verhindern illegale Einreise, Humanitätsfaktor, dafür öffnen wir legale Zuwanderungswege, weil Deutschland braucht legale Zuwanderung, Arbeitskräfte und Fachkräfte. Das ist nicht mit Geld alleine zu bezahlen, sondern das ist eigentlich das Abkommen. Eine Hand wäscht die andere. Ein tunesischer Präsident verhindert illegale Ausreise bei sich und wir bieten ihm die Möglichkeit, dass seine Leute legal zu uns kommen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.